

Antrag 2018/E/02**Jusos RLP****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Version der Antragskommission****Neuordnung der deutschen Türkeipolitik: Prinzipienorientiert statt vorteilsbedacht**

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 1) Sofortige Aufkündigung des Flüchtlings-
- 3 abkommens mit der Türkei
- 4 2 a) Stopp aller bereits genehmigten Rüs-
- 5 tungsexporte an die Türkei
- 6 2 b) Vorerst keine Genehmigung von Rüs-
- 7 tungsexporten an die Türkei
- 8 3) Deutschland strebt gemeinsam mit wei-
- 9 teren europäischen Staaten eine Staaten-
- 10 beschwerde nach Art. 33 EMRK vor dem Eu-
- 11 ropäischen Gerichtshof für Menschenrech-
- 12 te an. Das Erdoan-Regime soll wegen Ver-
- 13 letzung der sich aus der Europäischen Men-
- 14 schenrechtskonvention ergebenden Rechte
- 15 angeklagt werden.
- 16 4) Nicht nur die Einfrierung der Gelder zur
- 17 Förderung des EU-Beitritts, sondern den so-
- 18 fortigen Stopp aller geplanten Fördermittel
- 19 an die türkische Regierung sowie die Ver-
- 20 hinderung von möglichen geplanten Kon-
- 21 junkturhilfen seitens Deutschland zur Absi-
- 22 cherung der türkischen Wirtschaft
- 23 5) Weiterhin keine Gespräche über die Ver-
- 24 tiefung der EU-Zollunion mit der Türkei
- 25 6) Die SPD zeigt sich solidarisch mit
- 26 den progressiv-oppositionellen Kräften
- 27 und führt Gespräche mit diesen. Diese
- 28 Gespräche haben zum Ziel, die progressiv-
- 29 oppositionellen Kräfte zu stärken.
- 30 7) Die Bundesregierung setzt sich für einen
- 31 Abzug der türkischen Besatzungstruppen
- 32 aus Nord-Zypern und eine Lösung der Zy-
- 33 pernfrage ein

34

35 **Begründung**

Überweisung an den Landesparteirat mit der Aufforderung jeweils eine Sitzung mit dem Schwerpunkt "Türkeipolitik" und "Naher Osten" durchzuführen.

36 Die Türkei befindet sich nach dem diesjähri-
37 gen Wahlerfolg Erdoans und seiner AKP auf
38 einem gefährlichen und zunehmend auto-
39 ritären Weg. Die Wirtschaftslage ist ver-
40 heerend, die Arbeitslosigkeit hoch und die
41 Rechtsstaatlichkeit faktisch nicht mehr ge-
42 geben. Die Türkei ist mit all ihren Nachbar-
43 staaten zerstritten. So besetzt das Erdoan-
44 Regime nach wie vor Nord-Zypern und ein
45 Ausweg aus diesem Konflikt mit Griechen-
46 land ist nicht in Sicht. Oppositionelle wer-
47 den in der Türkei scheinbar systematisch
48 verhaftet und misshandelt. Wahlen werden
49 offenkundig manipuliert. Der völkerrechts-
50 widrige Umgang mit Kurdinnen und Kur-
51 den sowie die zahlreichen Morde an die-
52 ser Minderheit blieben ohne jegliche inter-
53 nationale Konsequenzen. Journalist*innen
54 und Menschenrechtsaktivist*innen, die kri-
55 tisch und transparent über die Arbeit der
56 Regierung berichten, werden verhaftet und
57 gefoltert, ebenso all diejenigen aus der Zi-
58 vilgesellschaft, die nicht konform mit der
59 Politik der Staatsführung sind. Medienhäu-
60 ser werden geschlossen und gleichgeschal-
61 tet. Eine angemessene Antwort der inter-
62 nationalen Gemeinschaft auf den völker-
63 rechtswidrigen Einmarsch in Afrin in die-
64 sem Jahr blieb aus.

65 Die bisherige Außenpolitik Deutschlands
66 gegenüber der Türkei ist seit Jahren orien-
67 tiert an eigenen Vorteilen. Ein ganzheitli-
68 ches und durchdachtes Konzept oder gar
69 eine Strategie ist nicht vorhanden. Ange-
70 la Merkel ging es beispielsweise mit dem
71 EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen nicht um
72 die demokratische Entwicklung des Lan-
73 des, sondern um das Absichern der eigenen
74 Kanzlerschaft und eine scheinbar einfache
75 Lösung eines Teils der sogenannten Flücht-

76 lingskrise. Deutschland hat einen Despo-
77 ten und Autokraten beauftragt, Flüchtlinge
78 daran zu hindern, Sicherheit und Zuflucht
79 in Europa zu suchen. Wir sprechen daher
80 in diesem Zusammenhang von einem kla-
81 ren Versagen der Türkeipolitik unter Angela
82 Merkel. Jegliche Prinzipien der Rechtsstaat-
83 lichkeit, Humanität und Demokratie wur-
84 den spätestens ab diesem Moment ad ac-
85 ta gelegt. Das morallose Agieren von An-
86 gela Merkel war ausschließlich in macht-
87 und parteipolitische Interessen eingebet-
88 tet. Insbesondere das Flüchtlingsabkom-
89 men 2016 führte zur Einschätzung der tür-
90 kischen Regierung, dass Deutschland und
91 die EU über alle Menschenrechtsverletzun-
92 gen und Bestrebungen zum Abbau der De-
93 mokratie hinwegsehen werden. Erdoan hat
94 dies als Nachgiebigkeit Deutschlands inter-
95 pretiert.

96 Wir wollen daher eine vollständige und
97 grundsätzliche Neuordnung sowie ei-
98 nen Strategiewandel in der Türkeipolitik,
99 die sich an festen Prinzipien (bspw. Eu-
100 ropäische Menschenrechtskonvention)
101 orientiert. Dem aktuellen türkischen Re-
102 gime müssen unmissverständlich Grenzen
103 aufgezeigt und andererseits versucht
104 werden, türkische Oppositionelle und
105 die Zivilgesellschaft tatsächlich zu stär-
106 ken. Gesprächsfäden mit diesen Gruppen
107 dürfen nicht abreißen. Wir müssen die
108 CHP (Republikanische Volkspartei) da-
109 bei unterstützen, dass sie sich zu einer
110 pluralistisch-sozialdemokratischen Partei
111 transformiert. Ebenso muss die HDP als
112 wichtige Oppositionspartei mehr europäi-
113 sche Solidarität erfahren. Die europäische
114 Staatengemeinschaft soll sich für eine
115 schnelle und friedliche Lösung des Kon-

116 flikts mit den Kurdinnen und Kurden
117 einsetzen.

118 Diese Maßnahmen richten sich nicht gegen
119 die türkische Bevölkerung, sondern sind ex-
120 plizit an Erdoan und die türkische Regie-
121 rung adressiert. Wir Jusos stehen an der
122 Seite aller Europäerinnen und Europäer in
123 der Türkei und unterstützen mit einem en-
124 gen Kontakt und Gesprächen die türkische
125 Opposition. Eine demokratische Türkei ist
126 oberstes Ziel und im Interesse Deutsch-
127 lands und der EU.

128 Wir fordern, dass deutsche Außenpolitik
129 sich an den Werten des Grundgesetzes ori-
130 entiert und auf die Achtung der Menschen-
131 rechte und demokratischer und rechts-
132 staatlicher Prinzipien gerichtet ist. Staaten,
133 welche diese Prinzipien grundlegend und
134 systematisch verletzen, sollen als solche
135 benannt und behandelt werden. Die Tür-
136 kei wird inzwischen von Freedom House
137 als „nicht frei“ eingestuft; die Menschen-
138 rechtsverletzungen sind jedoch auch für
139 den Laien mit bloßem Auge zu erkennen.

140 Zu 1.

141 Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei
142 dient nicht den Interessen der Flüchtlinge
143 und widerspricht unseren Anforderungen
144 an eine humane Migrationspolitik. Es ist
145 ein unnötiges und unzweckmäßiges Zuge-
146 ständnis an die türkische Regierung, wel-
147 ches in der EU durch den Rechtspopulismus
148 angetrieben wird und in der Türkei eine au-
149 tokratische Regierung mit Milliarden un-
150 terstützt. Migrationspolitik darf Menschen
151 nicht wie Ware behandeln, die hin und her
152 geschoben wird, sondern muss in erster
153 Linie dem Schutz der Verfolgten und Be-
154 drängten dienen.

155 Zu 2.

156 Waffen dürfen nicht an jene geliefert
157 werden, welche sie zur Beseitigung
158 grundlegender demokratischer und rechts-
159 staatlicher Prinzipien und Verletzung der
160 Menschenrechte verwenden. Im Falle des
161 von der Türkei geführten völkerrechtswidri-
162 gen Angriffskrieges (der Wissenschaftliche
163 Dienst des Bundestages bezweifelt das
164 Vorliegen einer Selbstverteidigungslage,
165 siehe WD 2 - 3000 - 023/18) bedeutet für
166 uns die Lieferung von Waffen an die Türkei
167 auch eine Verletzung des in Art. 26 GG
168 festgelegten Verbot des Angriffskrieges.
169 In diesem Zusammenhang qualifizieren
170 unserer Ansicht nach Rüstungsexporte an
171 die Türkei als Handlung, die dazu geeignet
172 ist, das friedliche Zusammenleben der
173 Völker zu stören und die Führung eines
174 Angriffskrieges vorzubereiten.

175 Zu 3.

176 Die Europäische Menschenrechtskonventi-
177 on, die auch von der Türkei ratifiziert wurde,
178 sollte der kollektiven Kontrolle der Achtung
179 der Menschenrechte in Europa dienen. Tat-
180 sächlich scheuen die Staaten jedoch meist
181 davor zurück, eine der Vertragsparteien an-
182 zuklagen und damit von ihrem Recht zur
183 Staatenbeschwerde aus Art. 33 EMRK Ge-
184 brauch zu machen. Die Regel ist daher die
185 Individualbeschwerde, welche unserer An-
186 sicht nach einer systematischen Verletzung
187 der Menschenrechte, wie sie in der Türkei
188 geschieht, nicht gerecht werden kann. Es
189 reicht nicht, gegen Einzelfälle vorzugehen,
190 sondern es braucht ein kollektives Vorge-
191 hen, um grundlegende Änderungen herbei-
192 zuführen. Im Sinne Egon Bahrs sollte „das
193 Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts“
194 werden.

195 Zu 4., 5., 6.

196 Jede Maßnahme, welche die türkische
197 Wirtschaft oder die Leistungsfähigkeit
198 der türkischen Regierung stärkt, fördert
199 die Unterstützung einer autokratischen
200 Regierung durch die Bevölkerung und sollte
201 deshalb unterlassen werden.

202 Zu 7.

203 Eine werteorientierte Außenpolitik bedeu-
204 tet für uns, Regierungen, welche gegen
205 die Menschenrechte und die Prinzipien der
206 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit versto-
207 ßen, als solche zu benennen und öffentlich
208 zu kritisieren. Gleichzeitig sollen demokra-
209 tische Kräfte unterstützt werden. Solidari-
210 tätsbekundungen können ihre Legitimität
211 und internationale Anerkennung fördern.
212 Demokratische Kräfte dürfen nirgendwo
213 auf der Welt in ihrem Kampf alleine ge-
214 lassen werden. Diese Verantwortung ergibt
215 sich auch aus unserer Geschichte. Demo-
216 kratische Kräfte in Deutschland waren oh-
217 ne internationale Unterstützung nicht in
218 der Lage, die Demokratie langfristig zu eta-
219 blieren.

220 Zu 8.

221 Die NATO wurde als Wertebündnis ge-
222 gründet, und nur als solches hat sie für
223 uns eine Existenzberechtigung. Staaten,
224 welche grundlegende demokratische und
225 rechtsstaatliche Prinzipien und die Men-
226 schenrechte systematisch verletzen, kön-
227 nen nicht zu den engsten Verbündeten der
228 Bundesrepublik zählen. Den Soldatinnen
229 und Soldaten der Bundeswehr, welche alle
230 ein Gelöbnis oder einen Eid auf das Grund-
231 gesetz abgelegt haben, kann nicht zugemu-
232 tet werden, sich im eventuellen Bündnis-
233 fall einem Befehl ausgesetzt zu sehen, wel-
234 cher sie dazu auffordert, ein Land zu ver-
235 teidigen, welches die dort festgeschriebe-

236 nen Werte mit Füßen tritt. Ihnen steht nach
237 deutschem Recht eine Gewissensentschei-
238 dung zu, aber unserer Ansicht nach wäre
239 es unzumutbar und moralisch falsch, sie
240 überhaupt erst in diese Situation zu brin-
241 gen. Sollte es nicht möglich sein, einen Aus-
242 schluss der Türkei aus der NATO oder eine
243 Rückkehr der Türkei zu Demokratie, Rechts-
244 staatlichkeit und Menschenrechten zu er-
245 wirken, sollte die Bundesrepublik die NATO
246 verlassen.

247 Zu 9.

248 Die Besetzung des Nordens Zyperns ist –
249 ähnlich der Besetzung der Krim durch Russ-
250 land – völkerrechtswidrig. Die anhaltende
251 Präsenz türkischer Truppen ist einer der
252 Faktoren, welche eine Lösung des Konflikts
253 verhindern. Die Bundesregierung soll sich
254 dafür einsetzen, dass die Türkei ihre Streit-
255 kräfte aus dem Norden Zyperns abzieht.
256 Darüber hinaus soll sie sich als Vermittler
257 anbieten und darauf hinwirken, die Zypern-
258 frage friedlich zu lösen. Die Lösung der Zy-
259 pernfrage ist für uns auch im Hinblick auf
260 eine eventuelle zukünftige Annäherung der
261 Türkei – sollte diese zur Demokratie und
262 Rechtsstaatlichkeit zurückkehren – von Be-
263 deutung.

264 Das langfristige Ziel einer Neuordnung der
265 deutschen Türkeipolitik im Sinne dieses An-
266 trags muss die Einbindung einer demokra-
267 tischen Türkei in Europa und die Aufnahme
268 in die EU sein.